

Landstand jene Werbung zum Schutze des Landes vor den etwa durchziehenden, von anderen Staaten geworbenen Söldnern vornehmen wollen, so reiche hierzu die Aufbietung der „Ritterdienste“ aus. Die Städte ihrerseits würden sich auch in gute Bereitschaft setzen. Und in der That ordneten sofort die Magistrate der einzelnen Städte an, daß ihre Bürgerschaft sich mit der Rüstung bereit halte, und daß in den Kirchen das Kriegsgebet verlesen werde. — Die eigentlichen Motive für die Weigerung der Städte waren aber noch andere. Die Aufbietung der „Ritterdienste“ belastete wesentlich den Adel, der von seinen Rittergütern eine bestimmte Anzahl von Ritterpferden zu stellen hatte; darum stimmte er lieber für Werbung. Darunter aber hatten vorzugsweise die Städte zu leiden; denn in den Städten fanden zumeist die Werbungen und die unruhevollen Musterungen statt, und bei Berechnung des nachweislich erlittenen Schadens wurden die Städte meist vom Land (so zuletzt noch 1610) übervorthelt. Uebrigens trauten die Städte dem Adel auch nicht recht, ob dieser nicht etwa die anzuwerbenden Truppen zur Unterstützung der böhmischen Unruhe verwenden wolle¹⁾, die ja wesentlich von seinen Standesgenossen begonnen worden war und geleitet wurde. Die Städte gedachten des Schmalkaldischen Kriegs vom Jahre 1547, der ihnen den verhängnißvollen „Pönsfall“ zugezogen hatte. Damals waren sie von dem Adel im Stich gelassen und darauf bei König Ferdinand angeschwärzt worden; infolge dessen hatte denn nach errungenem Siege bei Mühlberg der König sie auf das härteste bestraft. — So rief der Streit zwischen den Protestanten und Katholiken in Böhmen, jetzt in der Oberlausitz zunächst das alte Mißtrauen zwischen Städten und Adel wieder wach.

Auch auf dem schon erwähnten Ausschustage (7. Juli), sowie auf den schnell nach einander berufenen Landtagen (18. und 27. Juli) wurde über die Werbung heftig debattirt. Als die Städte bei ihrer Weigerung blieben, ließ sich der Görlitzer Amtshauptmann Georg v. Kostitz auf Zahmen zu der hochbedenklichen Aeußerung hinreißen²⁾: „Wenn der Landstand etwas einmal beschlossen habe, so werde er nicht erst abwarten, was die Städte in ihren Rathsstuben und auf ihren Städtetagen berathen würden. Die Zeit werde es lehren, ob solche Weigerung den Städten zum Besten gereichen werde. Man werde das angeworbene Volk einfach auf den Gütern der Städte einquartieren.“ Das hieß soviel, als den Städten ihre verfassungsmäßige Stimme auf den Landtagen in Frage und neue Denunciation, sowie rein egoistische Gewaltmaßregeln in Aussicht stellen. Solche Drohung aus dem Munde eines der höchsten Landesbeamten mußte den innern Conflict nur verschärfen.

Noch über einen anderen Punkt herrschte Zwiespalt zwischen den beiden Ständen. Der Landstand wollte, entsprechend der Bitte der Böhmen und dem Beispiele der Schlesier, sofort Abgeordnete nach Prag absenden, um die Böhmen abermals zu allem Respekt gegen den Kaiser zu ermahnen, sodann aber auch eine zweite Gesandtschaft an den Kaiser abfertigen, um nochmals für die Böhmen zu intercediren, „daß er den gelinden Weg wahr-

¹⁾ E. A. Müller, Fünf Bücher vom böhmischen Kriege S. 19. sagt: „In den Lausitzen, hieß es, hätte Ulrich Kinsky schon im Laufe des Juni 500 von Adel [für die Böhmen] geworben“. — Wir halten dies, ganz abgesehen von der Höhe der Zahl, für ein ganz ungegründetes Gerücht. Wenigstens haben wir gar nichts vorgefunden, was dasselbe bestätigte.

²⁾ Wießner, Annalen.